

26. Mai 2021

Medienmitteilung der Plattform–Schweiz–Europa (P-S-E)

bestehend aus den Organisationen « Gesellschaft zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit », « Europäische Bewegung Schweiz », « Operation Libero », « Progresuisse », « Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik », « Schweiz in Europa », « Unser Recht »

zur Beendigung der Verhandlungen über das Rahmenabkommen

Der Bundesrat politisiert an den demokratischen Einrichtungen vorbei. Die wichtigste aussen- und aussenwirtschaftspolitische Frage der letzten 20 Jahre entscheidet er, ohne das Parlament zu begrüßen und ohne den Stimmbürgerinnen und -stimmbürgern die Möglichkeit zu geben, sich zum Rahmenabkommen zu äussern. Auch die Meinung der in der Plattform-Schweiz-Europa zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen Organisationen berücksichtigt er nicht. Der Bundesrat übernimmt mit seinem Entscheid die alleinige Verantwortung für die Folgen seiner Politik.

Die EU-Kommission hat angekündigt, im Fall der Nicht-Unterzeichnung des Rahmenabkommens weiterhin an guten Beziehungen mit der Schweiz interessiert zu sein. Der bilaterale Weg soll aber nur noch punktuell weitergeführt werden, wenn es im Interesse der EU ist. Mit dem Entscheid, die Suche nach Kompromissen beim Rahmenabkommen aufzugeben, verzichtet der Bundesrat auf die Kontinuität des bewährten bilateralen Wegs, mit dem die Schweiz die Beziehungen mit ihrem wichtigsten Partner seit 20 Jahren vertraglich geregelt hat.

Kurzfristig stellt der Bundesrat die Anerkennung der für Schweizer Exporte wichtigen der Marktüberwachung und der technischen Vorschriften für Medizinal-Produkte, die Beteiligung der Schweiz an einem europäisch geordneten Strommarkt, den Abschluss eines Abkommen im Gesundheitsbereich in Frage, und er setzt die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung sowie die Möglichkeiten von aus- und weiterbildungsbedingten Auslandsaufenthalten unserer Jugend im EU-Raum aufs Spiel.

Mittelfristig unterhöhlt er den für den Standort Schweiz so erfolgreichen Weg, den unser Land mit den Verträgen der Bilateralen I und II eingeschlagenen hat. Diese Verträge werden nun über kurz oder lang ihre Wirkung einbüßen. Der Bundesrat schlägt zudem einen vertraglichen Streitbeilegungsmechanismus aus, der den schwächeren Partner vor der Eigenmächtigkeit des Stärkeren schützt.

Der Bundesrat übernimmt damit eine schwere Verantwortung. Er wird an den Folgen seiner Entscheidung gemessen werden, den er ohne parlamentarische Beratung und unter Ausschluss der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger getroffen hat. Dies erstaunt und enttäuscht, handelt es sich doch für die Schweiz um die wichtigste und folgenschwerste aussenpolitische und aussenwirtschaftliche Angelegenheit der letzten 20 Jahre.

Der Bundesrat ist gefordert:

- seine Glaubwürdigkeit gegenüber der EU-Kommission wieder herzustellen
- zu erklären, wie er sich den weiteren Ausbau der Beziehungen mit der EU vorstellt, nachdem er diese mit der Nicht- Unterzeichnung des Rahmenabkommens vor den Kopf gestossen hat
- seine Vorstellungen bekannt zu geben, wie die Wirtschaft, Wissenschaft, Kulturschaffende und die breite Bevölkerung vor Diskriminierung geschützt werden sollen
- die schweizerische Bevölkerung aufzuklären, wie er sich den Beitrag am Aufbau eines friedlichen, auf Prosperität ausgerichteten Europas vorstellt, der nicht von Selbstüberschätzung und übersteigertem Eigennutz geprägt ist
- die Meinung der immer wichtiger werdenden Zivilgesellschaft endlich in seine Entscheidungen miteinzubeziehen.

Jean-Daniel Gerber
Präsident P-S-E



Anfragen können an den Präsidenten der P-S-E Jean-Daniel Gerber (jean-daniel.gerber@p-s-e.ch) oder an das Sekretariat (jelena.apelt@p-s-e.ch oder +41 (0) 79 910 69 18) gerichtet werden.